

Berlin, 17. Mai 2016
ev-ar



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Integrationslehrkräfte besser bezahlen – Bundesregierung muss mehr Mittel bereit stellen

5 An Lehrkräften zur Integration von Geflüchteten herrscht gravierender Mangel. „Der Vorstoß des Bundesinnenministeriums (BMI), die Honorarsätze für Lehrkräfte in Integrationskursen zu erhöhen, ist zu begrüßen und längst überfällig. Allerdings kann die Erhöhung nur ein erster Schritt sein. Das Honorar muss letztlich so hoch sein, dass das Einkommen über das Jahr gerechnet dem von Berufsschullehrern nicht nachsteht“, so **Ute Kittel**, Mitglied des ver.di-Bundesvorstandes. Laut Medienberichten will das BMI die Honorarsätze pro Unterrichtseinheit von derzeit 23 Euro auf 35 Euro brutto anheben. ver.di fordert die Bundesregierung auf, die dafür nötigen Mittel im Haushalt bereit zu stellen.

10 Integrationslehrkräfte arbeiten meist selbstständig und hauptberuflich. Im Vergleich zu Lehrkräften im Staatsdienst werden sie dabei ausgesprochen schlecht bezahlt. Sie müssen sämtliche Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe selbst aufbringen, haben weder Lohnfortzahlung bei Krankheit noch bezahlte Fort- und Weiterbildungen und meistens keinen bezahlten Urlaub. Schon nach Abzug von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen bleibt deswegen nur rund die Hälfte der Einnahmen übrig. Die Folge: Es wurden 2015 zwar rund 5.600 Integrationslehrkräfte zugelassen. Doch laut BMI ist ein großer Teil nicht als Deutschlehrerinnen und –lehrer für Geflüchtete tätig, sondern wahrscheinlich in besser bezahlte Bildungsbereiche abgewandert.

15 Ein weiteres Problem für die Integrationslehrkräfte: Die wenigsten können 30 Unterrichtsstunden pro Woche geben oder werden das ganze Jahr über beschäftigt. Deswegen ist die Berechnung des BMI, wonach eine Lehrkraft mit 35 Euro und 30 Unterrichtsstunden auf monatlich 4.200 Euro brutto käme, völlig unrealistisch.

20 Das BMI warnt zu Recht vor negativen Folgen für den Arbeitsmarkt und den gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn es nicht gelingt, Geflüchtete frühzeitig zu integrieren. „Deswegen brauchen wir jetzt dringend attraktivere Arbeits- und Einkommensbedingungen für Lehrkräfte“, sagte Kittel.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.:

Eva Völpel
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de